

BUCHBESPRECHUNGEN

BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSGESTALTUNG

Festschrift für Bruno Gleitze zum 65. Geburtstag am 4. August 1968. Hrsg. von Friedrich Lenz in Verbindung mit Carl Föhl und Claus Köhler. Redaktion Alfred Christmann, Duncker 8c Humblot, Berlin 1968. VIII, 526 S., Ln. 68,60 DM.

In den letzten Jahren hat es sich mehr als früher eingebürgert, zum 60. oder 65. Geburtstag eines bekannten Mannes eine Festschrift zu veröffentlichen. In einer solchen Schrift werden dann zumeist Fragen, die den Jubilar in seinem politischen oder wissenschaftlichen Wirken besonders bewegt haben, von seinen Freunden oder Bekannten in der Form mehr oder minder umfangreicher Aufsätze dargestellt. Nicht immer sind derartige Abhandlungen wissenschaftlich belangvoll, zumal sie manchmal unter Zeitdruck zustande kommen, also nicht voll ausgereift sind. Die Festschrift, die der Altmeister der Sozialwissenschaft *Friedrich Lenz* in Verbindung mit anderen Fachkennern zum 65. Geburtstag von *Bruno Gleitze* herausgegeben hat, konnte diese Gefahren glücklich vermeiden, was niemand mehr als den so selbstkritischen Leiter des WWI mit Genugtuung erfüllen dürfte.

Zwar haben auch die 31 Abhandlungen, die der Band enthält, unterschiedliches Gewicht. Wer sie aber als Ganzes würdigt, wird das Buch als eine wertvolle und zugleich höchst aktuelle Hilfe zur Durchleuchtung aller wichtigen Probleme der modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung ansehen. Für den Gewerkschafter ist es in zweierlei Hinsicht von besonderem Wert; es macht erstens mehr, als das gemeinhin in vergleichbaren Veröffentlichungen der Fall ist, den Versuch, sozial- und wirtschaftspolitische Tagesprobleme, die sich noch im Streitgespräch zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Regierung befinden und insoweit noch nicht „wissenschaftsreif“ geworden sind, exakt zu analysieren, also

in den „wissenschaftlichen Griff“ zu bekommen. Damit ist zugleich ein nicht zu übersehender Beitrag zu der sooft geforderten Versachlichung der Auseinandersetzungen geleistet worden.

Zweitens aber ist es bemerkenswert, daß dieser Beitrag zu einem recht erheblichen Teil aus der Feder von gewerkschaftlichen Autoren stammt. Von den 31 Autoren der Festschrift sind etwa ein Dutzend beruflich unmittelbar für die Gewerkschaften tätig oder tätig gewesen oder ihnen freundschaftlich verbunden. Von drei „älteren“ Ausnahmen abgesehen, handelt es sich ferner um Kräfte im jüngeren und mittleren Lebensalter, die erst nach dem Kriege zu den Gewerkschaften gestoßen sind. Dies scheint mir ein sinnfälliger Beleg dafür zu sein, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung nicht im Apparatdenken erstarrt ist, sondern hier — wie in anderen Bereichen — schöpferische Begabungen hervorbringt; einige von ihnen erwerben sich in dieser Festschrift ihre wissenschaftlichen Sporen.

Friedrich Lenz, an dessen zahlreiche und teilweise heute noch sehr aktuellen Veröffentlichungen hier erinnert sei, hat die Festschrift in fünf sich thematisch ergänzenden Abschnitte aufgegliedert. Der *erste* (5 Beiträge) ist sozialökonomischen Grundfragen gewidmet. Ich hebe hier besonders die Abhandlung von *Ludwig Preller* hervor, die knapp und deutlich nachweist, daß Sozialpolitik ihrem inneren Wesen nach sozialökonomische Strukturpolitik ist. Preller lehnt die überholte Auffassung ab, wonach Sozialpolitik nur „Kosten“ verursache, aber keinen „Ertrag“ bringe, sie habe vielmehr Investitionscharakter und bewirke Leistungserhaltung und -Steigerung der Arbeitskräfte.

Am umfangreichsten (11 Beiträge) ist der *zweite* Abschnitt, in dem die Beziehungen zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung behandelt werden. Die Gewerkschaften haben immer wieder eine aktive, vorausschauende Wirtschaftspolitik gefordert, die Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität ansteuert und zu einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung führt. Hier nun werden die Instrumente beschrieben, deren sich der Wirtschaftspolitiker zur Erfüllung dieser Aufgaben bedienen kann, und es werden ihre Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt. *Klaus Dieter Arndt*, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, weist in seinem für den Gewerkschaftsleser besonders beachtlichen Beitrag nach, daß kontrolliertes Wirtschaftswachstum als ein eigenständiges wirtschaftspolitisches Ziel angesehen werden müsse, zumal die übrigen Globalziele — Vollbeschäftigung, Preisstabilität usw. — bei stetigem Wachstum leichter zu realisieren sind als im zyklischen Auf und Ab des Wirtschaftsablaufs.

Welche Rolle bei der Verfolgung einer solchen Politik mittelfristige Vorausschätzungen spielen, wird von *Gerhard Fürst*, dem früheren Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, lesenswert dargestellt. Was volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Konjunkturanalysen und Lenkung des Arbeitsmarktes vermögen, wird der Gewerkschafter mit Gewinn den entsprechenden Abhandlungen entnehmen, aus denen hier nur noch die Untersuchung von *Heinz Markmann* über Arbeitsmarktpolitik und Sozialplanung besonders erwähnt werden soll. Markmann unterstreicht hier nachdrücklich, daß Arbeitslosigkeit keineswegs „die unvermeidliche Konsequenz des technischen Fortschritts, sondern das Ergebnis einer passiven öffentlichen Politik“ ist (S. 227).

Wegen seiner besonderen Aktualität dürfte der *dritte* Abschnitt (5 Beiträge), der dem Verteilungsproblem in der modernen Wirtschaft gewidmet ist, den Gewerkschafter noch stärker interessieren. Mit *Wilhelm Krelle* (Verteilungstheoretische Grundfragen der Lohnpolitik) und *Carl Föhl* (Zur Problematik geldwertneutraler Lohnbildung) kommen Wirtschaftswissenschaftler zu Wort, deren Vorträge und Veröffentlichungen in der Gewerkschaftsbewegung oft diskutiert wurden. Ihre Beiträge stellen an den wirtschaftswissenschaftlich nicht vorgebildeten Leser zwar einige Anforderungen, lohnen aber das eingehende Studium, was insbesondere auch für die Analyse gilt, die *Siegfried Katterle* aus gewerkschaftlicher Sicht an der einkommenspolitischen Konzeption (oder zutreffender: Nicht-Konzeption) des Sachverständigenrates vornimmt.

Rudolf Henschel hat sich der schwierigen, aber dankenswerten und für die Lohnpolitik der Gewerkschaften höchst wichtigen Aufgabe unterzogen, in seinem Beitrag zu untersuchen, wie sich „Orientierungsdaten“ und „Lohnleitlinien“ zueinander verhalten. Da die Grenze zwischen beiden fließend ist, ergibt sich — wie Henschel nachweist — „stets die Gefahr, daß diese Daten zu Lohnleitlinien umgeformt werden“ (S. 325), die „dazu tendieren, eine Übergrenze zu fixieren“ und leicht dazu benutzt werden können, die Öffentlichkeit gegen Lohnforderungen zu mobilisieren, die über solche Übergrenze hinauszugehen scheinen (S. 320). Demgegenüber betont Henschel, daß Orientierungsdaten „die autonome Entscheidungsfreiheit der Gruppe nicht einengen sollen, sondern lediglich die Gruppen bei ihren Entscheidungen orientieren, damit sie sich im Sinne der von ihnen selbst anerkannten Zielsetzungen verhalten“ (S. 327).

Herbert Ehrenbergs Studie über „gewerkschaftliche Einkommenspolitik in der sozialen Marktwirtschaft“ ist ein fruchtbarer Versuch, einen Beitrag zu der vorerst noch fehlenden Konzeption gewerkschaftlicher Lohnpolitik zu leisten. So anregend dieser Beitrag ist, so kritisch sollte er doch gelesen werden. Wenn ich

einmal davon absehe, daß Ehrenberg bei seiner Analyse der gewerkschaftlichen Vermögenspolitik den *Gleitze-Plan* nicht einmal erwähnt, so halte ich seine Behauptung nicht für schlüssig, wonach mit der gewerkschaftlichen Einkommenspolitik, sofern sie sich an den Zielen Vollbeschäftigung, Wachstum, Geldwertstabilität und gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ausrichte, auch eine Anerkennung der bestehenden Wirtschaftsordnung verbunden sei. Ehrenbergs Irrtum kommt daher, daß er als Ziel der Gewerkschaften lediglich ansieht, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern. „Aber dieses Ziel soll nicht durch völlige Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung, sondern durch schrittweise Verbesserung der Lebenslagen der Arbeitnehmer im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung erfolgen“ (S. 335). Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß die Gewerkschaften es seit jeher als ihr oberstes Ziel bezeichnet haben, eine neue, gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeizuführen und daß die „schrittweise Verbesserung der Lebenslagen der Arbeitnehmer“ mit der Absicht erfolgt, über den unmittelbaren Erfolg für den einzelnen Arbeitnehmer hinaus die bestehende Wirtschaftsordnung zu *verändern*. Nur von hier aus kann auch eine gewerkschaftliche Einkommenspolitik ihren tieferen Sinn erhalten.

Der *vierte* Buchabschnitt (4 Beiträge) behandelt Grundfragen der Unternehmensgestaltung. Was hier *W. H. Büttner* über „Rationalisierung als gesellschaftliche Kategorie“ sagt, ist weiteren Nachdenkens wert. Durchaus im Sinne einer richtig verstandenen Menschenökonomie wird dargelegt, daß eine Betrachtungsweise, die Rationalisierung nur als ökonomische Kategorie ansieht, die Probleme, um die es dabei geht, nur an einem Zipfel erfaßt.

Von großer Bedeutung für den Gewerkschafter ist schließlich die Untersuchung von *Otto Kunze*, Die Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung ist vorerst auf die Kapitalgesellschaften gerichtet, kann aber natürlich an Unternehmen in der Rechtsform des Einzelkaufmannes und der Personalgesellschaften auf die Dauer nicht vorbeigehen. Der DGB hat jedoch erklärt, daß die Mitbestimmung in solchen Unternehmen besonders sorgsamer Erwägungen bedürfe. Kunze legt nun gründlich und überzeugend dar, wie eine Mitbestimmung in Personalunternehmen aussehen könnte oder genauer: welche rechtlichen Voraussetzungen sie ermöglichen würden. Seine Hauptthese besteht darin, daß die Aufgabe einer pluralistischen Verfassung für große Personalunternehmen „vor allem darin besteht, die Kooperation aller im Unternehmen tätigen oder an ihm beteiligten Menschen sicherzustellen“ und zu diesem Zweck „die Verfügungsmacht des Inhabers (Eigentümers) über das Unternehmensvermögen durch eine solche Verfassung“

zu beschränken (S. 389). Es müsse also „das Unternehmensvermögen aus dem Vermögen des Inhabers ausgegrenzt und eine Stelle (Organ) geschaffen werden, die das Unternehmen leitet und im Rahmen seiner Leitungsmacht im Interesse aller Beteiligten verfügen kann“. Es wäre sehr zu wünschen, daß Kunzes Beitrag recht eingehend diskutiert würde.

Der *fünfte* und letzte Abschnitt (6 Beiträge) ist den Problemen der Ostwirtschaft gewidmet, zu denen sich vor allem Sachkenner aus dem Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands äußern, dem Gleitze seit über fünfzehn Jahren führend und anregend angehört.

Der Umfang des Buches und die Fülle seiner Beiträge erlaubt es nicht, mehr in das Einzelne zu gehen. Für „Bruno“ ist es ein Beweis, welchen großen Radius sein Wirken in Wirtschaftswissenschaft und -praxis geschlagen hat. Für die Gewerkschafter birgt es ungemein viel Sachinformation und Anlaß zu fruchtbarer Auseinandersetzung. Es sollte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen.

Dr. Kurt Hirche

CSSR IM UMBRUCH

Berichte, Kommentare, Dokumentation. Mit Beiträgen von Gustav Husak und Eduard Goldstücker. Vorwort von Eugen Löbl. Herausgegeben von Leopold Grünwald. Europa Verlag, Wien 1968. 160 S., Paperback 9,50 DM.

Auch ein mit anerkennenswerter Fixigkeit auf den Markt gebrachtes Buch ist durch die rasende Entwicklung teilweise inaktuell gemacht — die sowjetische Besetzung der Tschechoslowakei hat dem gutgemeinten Versuch, den Umbruch in der CSSR seit Januar 1968 zu schildern, viel von seinem Reiz genommen.

Eugen Löbl, *Gustav Husak* und *Eduard Goldstücker*, die kurze Beiträge beigezeichnet haben, sind Kommunisten, die die Erlebnisse der letzten 20 Jahre — sie haben alle lang in kommunistischen Kerkern gesessen — zu einer humanitären Auffassung des Sozialismus bekehrt hat. *Leopold Grünwald*, der die eigentliche Darstellung schrieb, ist ein österreichischer kommunistischer Journalist mit Verbindungen zur Tschechoslowakei, der aber an dem Geschehen unbeteteiligt war und nicht den „Neuerern“ zugezählt werden kann. Trotzdem gibt er eine recht lebhaft geschriebene Schilderung der gewaltigen Veränderungen, die sich seit der Beseitigung Novotnys, zuerst als Parteiboss und dann als Staatsoberhaupt, vollzogen haben.

Bei der Eile, mit der gearbeitet werden mußte, ließ sich eine gewisse Überflächlichkeit nicht vermeiden. Trotzdem ist manches gut und wohldokumentiert dargestellt. Deutsche Leser hätte es freilich interessiert, auch etwas darüber zu erfahren, daß man von nun an die im Lande ver-

bliebene deutsche Minderheit nicht mehr zu entnationalisieren gedachte und ihr gewisse Rechte einräumen wollte; darüber findet sich in dem Buch leider kaum etwas.

Es mindert den Wert der Veröffentlichung nicht, daß sie von Kommunisten geschrieben wurde, die sich offen zu ihrer Partei bekennen. Aber es führt doch zu manchen Unaufrichtigkeiten. Grünwald wagt es nicht, westlichen Lesern die kommunistische Version der Ereignisse vom Februar 1948 vorzusetzen, scheut aber auch davor zurück, von ihr abzurücken. Also werden die Februarereignisse 1948 als bloße Tatsache verzeichnet und nicht kommentiert. Ärger noch ist, daß gegen das Wiederaufleben einer Sozialdemokratischen Partei in der liberalisierten Tschechoslowakei — darum wurde von mutigen Menschen ein heroischer Kampf geführt — fadenscheinige, echt stalinistische Argumente ins Treffen geführt werden; überdies wird der Sachverhalt auch unrichtig dargestellt.

Der bleibende Wert des Büchleins sind die in den Text eingestreuten Zitate und die Dokumentation am Schluß, insbesondere der lange Auszug aus dem im März beschlossenen Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei.

Dr. J. W. Brügel

LADISLAV MNACKO

WIE DIE MACHT SCHMECKT

Roman. Verlag Fritz Molden, Wien 1967. 270 S., Ln. 19,50 DM.

Der hochbegabte slowakische Schriftsteller Ladislav Mňačko (geb. 1919) war lange ein linientreuer Kommunist, bis ihm angesichts der sinnlosen Brutalität der herrschenden Kommunisten die Augen aufgingen und er aufbegehrt. Seine „Verspäteten Reportagen“, seinerzeit in einer Stimmung des Tauwetters zum Vertrieb in der Tschechoslowakei freigegeben, waren eine schonungslose Abrechnung mit den kommunistischen Methoden. Sein Roman „Wie die Macht schmeckt“ konnte im Lande nur als Vorabdruck in einer Zeitschrift erscheinen und nicht in Buchform, wiewohl er kaum scharfere Formulierungen enthält als sein Vorgänger. Inzwischen ist das Buch deutsch und englisch erschienen.

„Wie die Macht schmeckt“ ist ein starkes, wirkungsvolles Werk. Es ist ein merkwürdiges Buch: der Held, um den sich alles dreht, liegt schon auf der ersten Seite tot auf der Bahre. Die Handlung umfaßt nur die wenigen Tage zwischen der Aufbahrung und der Einäscherung eines kommunistischen Potentaten, aber in dieser kurzen Zeit zieht kaleidoskopartig das ganze Leben des Verstorbenen an uns vorbei. Er hat im Roman keinen Namen, um das Symbolhafte zu unterstreichen; er wird nur

„der Staatsmann“, „der Tote“ oder „er“ genannt, die Frau, die erst seine Sekretärin und dann nach Verjagung der ersten „proletarischen“ seine Gattin wird, heißt nur „die Blonde“. Es ist die Geschichte eines kommunistischen Emporkömmlings, der als Idealist begonnen, aber dann gelernt hat, „wie die Macht schmeckt“, um sie bis zum letzten Tropfen auszukosten. Seinen Weg zum unbeschränkten Herrscher bezeichnen zerbrochene Existenzen, unschuldig im Kerker leidende Menschen.

Die Totenfeier für den Diktator vollzieht sich streng nach dem kommunistischen Hofzeremoniell. An seiner Bahre ziehen die dazu kommandierten Gestalten vorüber und rufen bei Frank, der der offizielle Fotograf ist, die Erinnerung an die einzelnen Episoden im Leben des Toten wach. Frank ist ein Jugendfreund und Mitschüler des Toten, er hat mit ihm zusammen im Krieg bei den Partisanen gekämpft. Nach dem Machtaufstieg des Toten sind sie zwar etwas auseinandergeraten, aber da er als Fotograf immer mit ihm zu tun hatte, war er unaufhörlich in seiner Nähe. In Nachtlokalen und Cafehäusern trifft er lange nicht gesehene Bekannte, die ihm weitere Einzelheiten aus dem Leben des Verstorbenen erzählen, von seinen erotischen und politischen Exzessen berichten.

Der Tote wird zwar mit allen Ehren begraben, die ein kommunistischer Staat zu vergeben hat, aber er ist in Wirklichkeit schon vorher zur „Unperson“ geworden. Es war der Befehl ergangen, seinen Namen nie mehr zu nennen, sein Bild nirgends zu veröffentlichen. Der Tod hat diese Verfügungen über den Haufen geworfen, und ein eigentlich schon vorher in Unehren Verstorbener wird jetzt plötzlich nach genau vorgeschriebenen Normen geehrt — eine widerliche Komödie. Er ist an Urämie gestorben, aber jene, die jetzt an die Macht gelangt sind, vergewaltigen die Ärzte und erpressen von ihnen, sie mögen den Totenschein ändern und Leukämie als Todesursache angeben; man kann eben eine kommunistische Heldengestalt nicht an einem so furchtbaren Leiden wie Urämie zugrundegehen lassen. Die Ärzte, die es sich mit dem Regime nicht verderben können, lassen sich schließlich breitschlagen ...

Es ist ein abstoßendes Bild, das Mňačko von der Machttrunkenheit eines modernen Diktators entwirft, leider wahr in all den ungezählten Einzelheiten, aus denen es besteht. Mňačko ist ein scharfer Beobachter, und man merkt, daß er seine Umgebung genau auf Herz und Nieren geprüft hat. Er hat ein erschütterndes Buch geschrieben, das jeder lesen sollte, der die Erscheinungen der Gegenwart verstehen will. Es ist von *Erich Bertleff* ausgezeichnet ins Deutsche übertragen.

Dr. J. W. Brügel

ROBERT F. KENNEDY

SUCHE NACH EINER NEUEN WELT

Bertelsmann Sachbuchverlag, Gütersloh 1968. 280 S., 8
Kunstdm&tafeln, Ln. 16,— DM.

Die amerikanische Originalfassung der „Suche nach einer neuen Welt“ wurde zuerst im November 1967 in Buchform veröffentlicht und später, unmittelbar nach der Erklärung seiner Präsidentschaftskandidatur, im April 1968 als Paperback. An dieser Zusammenfassung seiner Ideen zu den wichtigsten das amerikanische Volk konfrontierenden Problemen hatten zweifellos seine engsten Mitarbeiter starken Anteil. Gedacht als politisches Programm und als Basis für seine Wahlkampagne, wurde das Buch am Morgen des 6. Juni zu seinem politischen Testament.

Niemand kann heute mit Sicherheit sagen, ob Robert Kennedy die Nominierung seiner Partei erhalten, ob er dann gegen den republikanischen Kandidaten im November die Wahl gewonnen hätte. Sein ursprüngliches Zögern, das seinem persönlich zurückhaltenderen, aber politisch mutigeren Kollegen *Eugene McCarthy* den ersten Schritt in die politische Arena in Opposition zur *Johnson'schen* Vietnampolitik und das damit verbundene Risiko überließ, dieses Zögern verscherzte Kennedy viele Sympathien im Lager der Liberalen und der Studenten. Auch verzieh man ihm in diesen Kreisen ungern eine gewisse Rücksichtslosigkeit in der Verfolgung seiner Ziele, vergessend, daß eine Portion Ehrgeiz zum Rüstzeug des erfolgreichen Politikers gehört. Dafür hatte er aber, dank seiner energischen Maßnahmen als Justizminister zur Durchsetzung ihrer Rechte, das volle Vertrauen der Neger und der fortschrittlicheren Gewerkschaften. Im Augenblick seiner Ermordung befanden sich in seiner unmittelbaren Umgebung mehrere prominente Neger (zwei bekannte Sportler waren seine Leibwache), ein Vertreter der Automobilarbeitergewerkschaft (auch ihn traf eine Kugel) und *Cesar Chavez*, Führer der kalifornischen Landarbeiter, denen Kennedy als einer der wenigen Politiker in ihren schweren Organisierungskämpfen zur Seite gestanden hatte, zu einer Zeit, wo ihm dies politisch nur Nachteile bringen konnte.

Es ist müßig sich vorzustellen, wieviel Amerika, wieviel die Welt mit Kennedy als mutmaßlichem Präsidenten oder auch nur als prominentem Politiker verloren hat; die Hunderttausende, die nach stundenlangem Warten spontan an seiner Bahre vorbeizogen, wußten es ohne Worte.

Sein Leben bezeugte, daß er, wie sein Bruder vor ihm, Intelligenz, Gewissen und Tatkraft in einer glücklichen Mischung vereinte. Das Buch bringt immer wieder diese Eigenschaften zum Ausdruck; ein paar Zitate (Übersetzung des Verfassers aus dem amerikanischen Text) mögen dies belegen:

„ ... rufen nach den Zwillingseigenschaften Gewissen und Entrüstung, nach gemeinschaftlicher Entschlossenheit, die unnötigen Leiden unserer menschlichen Brüder ... hinwegzufegen“.

„ ... Vertrauen auf die Jugend — nicht als Lebensabschnitt, sondern als Geisteszustand: Willensstärke, Vorstellungskraft, ein Überwigen des Muts über Zaghafteit, der Abenteuerlust über die Liebe zur Behaglichkeit“.

„ ... (Die Welt) wird nicht bewegt von jenen, die sich an eine schon im Sterben liegende Gegenwart klammern, die die Illusion der Sicherheit höher stellen als die Spannung und die Gefahr, welche selbst der friedlichste Fortschritt mit sich bringt“.

„Die menschliche Geschichte wird geformt durch zahllose Einzeltaten des Mutes und des Glaubens der verschiedensten Art“.

„Vielleicht liegt unsere Zukunft jenseits unserer Sicht, aber sie ist nicht völlig jenseits unserer Kontrolle“.

„Es besteht kein grundsätzlicher Unterschied zwischen Idealen und realistischen Möglichkeiten, keine Trennung zwischen den tiefsten Wünschen von Herz und Hirn und der vernünftigen Bewältigung menschlicher Probleme durch menschliche Bemühung“.

Dieser tätige Glaube, für den keine völlig ausweglose Situation existiert, schließt nicht aus, er setzt vielmehr voraus eine klare Einsicht in die bestehende Situation, in die Schwere der Probleme, vor denen heute die amerikanische Nation steht:

eine Jugend in Gärung, aufgewachsen in einer Umgebung ohne materielle Sorgen, aber voll Zweifel an den materialistischen Werten dieser Gesellschaft und voll Abscheu gegen ihre Hohlheit;

das Zwillingsproblem der Neger und der Großstadt, noch immer ein *circulus viciosus* von Armut, mangelnder Erziehung, Verbrechen und Auflehnung;

Südamerika, der, mit wenigen Ausnahmen, von archaischen Gesellschaftsstrukturen geplagte Nachbar, den nur eine baldige radikale Reform vor verschärfter militärischer Diktatur oder revolutionärem Erdbeben retten kann;

die Kontrolle der Atomwaffen, ohne die die Menschheit einem Kollektiv-Selbstmord entgegengetreibt;

eine Chinapolitik, die den Realitäten Rechnung trägt und eine Koexistenz auf dem asiatischen Kontinent anbahnt;

eine Umstellung der Vietnampolitik (von Kennedy niedergelegt im November 1967, also vor der Tet-Niederlage und der Schwenkung Johnson's): Herbeiführung von Verhandlungen durch sofortige Einstellung der Bombardierung Nordvietnams; Anerkennung der Rolle der Vietcong in jeder Lösung für Süd-

Vietnam; Erkenntnis des Fiaskos aller militärischen Lösungsversuche sowie der Haltlosigkeit der gegenwärtigen Regierung in Süd-vietnam.

Es erübrigt sich, im Detail auf die Erwägungen und Vorschläge Kennedys einzugehen; dem interessierten deutschen Leser sind sie ja nun auch zugänglich. Sie sind zumeist klar und vernünftig; ein Programm des Wesentlichen, das freilich vom amerikanischen Volk und vor allem vom Kongreß eine Neuordnung der Prioritäten verlangt. Stellenweise — vor allem in der Vietnamfrage — gefärbt und belastet durch Kennedys Beteiligung an den Fehlern der früheren Administrationen; das macht freilich sein Abrücken von ihnen um so wirkungsvoller. Am schwächsten ist wohl das Kapitel über Südamerika, wo er über die Halbheiten der alten Alliance for Progress nicht hinausgeht. Er scheut sich, die letzten Konsequenzen aus einer Lage zu ziehen, in der eine verblendete privilegierte Schicht durch halbe Reformen nicht aus ihren Bastionen verdrängt werden kann.

Die schwerwiegendsten Probleme sind natürlich die Vietnampolitik und die Negerfrage und das damit verbundene Problem der Großstadt. Im Augenblick besteht wenig Chance, daß diese Probleme mit der unerläßlichen Weitsicht in Angriff genommen werden.

Auch Robert Kennedy wäre — wie sein Bruder vor ihm — auf starke Widerstände gestoßen. Aber es wäre ihm vielleicht gelungen, den zu ihrer Überwindung nötigen Enthusiasmus der Jugend und der benachteiligten Schichten zu entfachen. So wird die Suche nach einer neuen, besseren Welt wohl noch eine ganze Weile andauern.

Günther Eckstein, New York

DIE DEUTSCHE REVOLUTION 1918—1919

Dokumente, herausgegeben von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller. Fischer-Bücherei, Frankfurt/Main 1968. 381 S., Taschenbuch kart. 4,80 DM.

Die Verfasser haben eine außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet, in dem sie über die Ereignisse von etwa einem Monat vor dem 9. November 1918 bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar im Februar 1919 Dokumente zusammenstellten, die insgesamt einen sehr objektiven, in der Widerspiegelung des dramatischen Verlaufs jener Wochen erregenden Überblick vermitteln.

Wie sie in einer Vorbemerkung sagen, konnten nicht alle Aspekte berücksichtigt werden, aber die wesentlichsten Probleme und Gesichtspunkte der miteinander ringenden Kräfte sind deutlich erkennbar. Schon in einem Teil der Überschriften der sechzehn Kapitel, in die das Buch eingeteilt ist, wird die Problematik sicht-

bar: 1) Militärischer Zusammenbruch und Waffenstillstand, 2) Der Sturz der Monarchien (d. h. im Reich und in den Ländern), 3) Die Bildung des Rates der Volksbeauftragten, 4) Regierung, Räte und Militär, 5) Vertrauenskrisen, 6) Der Rätekongreß stellt die Weichen, 7) Der Bruch im Rat der Volksbeauftragten, 8) Die Januarunruhen und ihre Folgen, 9) Das Ende der Revolutionsregierung, 10) Staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, Gewerkschaften und Arbeitgeber, 11) Die Frage der Sozialisierung, 12) Staat, Kirche und Schule, 13) Sowjetrußland und die deutsche Revolution, 14) Die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie, 15) Kontinuität und Umformung des Regierungssystems, 16) Um die Einheit und Grenzen des Reichs.

Jedem Kapitel ist eine kurze Einführung von Seiten der Verfasser vorangestellt. Die Dokumente bestehen aus Gesetzen und Verordnungen, Aufrufen, Ausschnitten aus Zeitungen und Memoirenwerken sowie aus nicht veröffentlichten, in Archiven bewahrten Aufzeichnungen. Zu begrüßen ist das Gesamt-Quellenverzeichnis am Schluß des Buches. In der darüber hinaus angegebenen Auswahlbibliographie vermißt man jedoch einige wichtige Werke, so zum Beispiel die Rosa-Luxemburg-Biographie von Paul Frölich, die von unmittelbarem Miterleben zeugt, Friedrich Stampfers „Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik“ und die von kommunistischer Seite herausgegebene „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“.

Im hier gegebenen Rahmen kann auf Einzelheiten der Dokumentation nicht eingegangen werden, zumal sie alle bedeutsam sind. Die Verfasser meinen in ihrer Vorbemerkung, daß sie nur das Material liefern wollten, daß aber die Frage offen bleiben müsse, inwieweit das Scheitern der Weimarer Republik ein zwangsläufiges Ergebnis übermächtiger Schwierigkeiten und Gegenkräfte gewesen sei oder die Konsequenz der eigenen Versäumnisse und Schwächen der Männer, die der Novemberrevolution bzw. der Weimarer Republik Ziel und Richtung gaben. Als ein Verhängnis kann aber doch wohl bezeichnet werden, daß die Führung der Sozialdemokratischen Partei sich gegen eine streikende und aufständische Arbeiterschaft mit der äußersten Konterrevolution (Überste Heeresleitung, Freikorps) verbündete.

Ein sich später schwer rächender Fehler war es auch, daß der selbst auf Grund einer Revolution und nicht auf Grund von Parlamentswahlen gebildete „Rat der Volksbeauftragten“ sich mit der Ausrufung der Republik, einer Wahlrechtsreform und einigen, wenn auch wichtigen Grundlegungen auf sozialpolitischem Gebiet begnügte. Nicht einmal für den Bergbau, den die ohnmächtige Sozialisierungskommission vordringlich vom Privatbesitz zu lösen vorschlug, wurde eine solche Maßnahme beschlossen. Statt dessen spielte *Hugo Stinnes* eine hervorragende Rolle bei der Bildung einer Zentralen Arbeits-

gemeinschaft zwischen den Gewerkschaften unter der Führung von *Legten* und den Arbeitgeberverbänden. Die konservativen und konterrevolutionären Kräfte wurden so wenig entmachtet, daß es schließlich zu den verhängnisvollen Ereignissen von 1933 kam.

Ebert haßte die Revolution und die Rätebewegung. Lieber rief er die konterrevolutionären Kräfte zu Hilfe, was selbstverständlich deren Stärkung zur Folge hatte. Die Führung der SPD war für eine schnelle, vor einer Befestigung revolutionärer Grundlagen erfolgende Konstituierung der Nationalversammlung. Sie führte dafür u. a. die schwierige außenpolitische Situation des geschlagenen Deutschland an. Weit mehr entscheidend war jedoch die Illusion, daß trotz der Stützung auf die Konterrevolution und auf eine verbleibende reaktionäre, zum Teil ausgesprochen republikfeindliche höhere Beamtenschaft das sozialistische Ideal der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eines Tages verwirklicht werden könne. Das Vertrauen in die Lernfähigkeit von Kräften aus den eigenen Reihen war offenbar viel zu schwach entwickelt.

Heute stellen erstzunehmende, vornehmlich jugendliche Menschen wiederum die Frage, ob ein lediglich auf Parteien basierender Parlamentarismus ausreicht, um befriedigende gesellschaftliche Verhältnisse zu gewährleisten. Wieder tauchen der Gedanke eines Räteystems sowie die abgemilderte Vorstellung auf, daß eine direktere Mitwirkung eines größeren Teiles der Bevölkerung in das parlamentarische System eingebaut werden könnte. Die Beschäftigung mit den Vorgängen um die Jahreswende 1918/19, also gerade auch mit dem vorliegenden Buch von Professor Ritter und Dr. Susanne Miller sei deshalb allen, die sich mit solchen Problemen befassen, in besonderem Maße empfohlen.

Irmgard Enderle

PETER VON SCHUBERT
ANTIGEWERKSCHAFTLICHES DENKEN
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1967. 128 S., kart. 12,80 DM.

Während die seit Anfang der fünfziger Jahre immer mehr anschwellende sozial- und rechtswissenschaftliche Fundamentalkritik an den Gewerkschaften — von *Goetz Briefs* (zuerst: Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, München 1952; neuerdings: Staat und Wirtschaft im Zeitalter der Interessenverbände, in: *Laissez-faire-Pluralismus*, Berlin 1966) bis *Ernst Benda* (Industrielle Herrschaft und sozialer Staat, Göttingen 1966; vergleiche die Rezension von *E. Hennig*, in: *Neue Politische Literatur*, Heft 2, 1968, die sich vorwiegend mit Bendas Auffassungen über die Gewerkschaften auseinandersetzt) — wissenschaftlichen und journalistischen Kontroversen zugänglich

ist, gab es vergleichbare Möglichkeiten für die Einstellung der Bundesregierung, der Parteien und der Presse bisher nicht; bestenfalls punktuell war eine Orientierung gegeben. **Damjt** war vor allem die Möglichkeit versperrt, die Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft einerseits und Politik und Presse andererseits zu beobachten.

Peter von Schuberts Studie nun präsentiert das dazu notwendige Material und unterzieht es gleichzeitig einer kritischen Durchsicht. Der Titel freilich verspricht mehr als der Inhalt hält: Es handelt sich im wesentlichen um eine Untersuchung der Kritik an *Otto Brenners* Gewerkschaftspolitik, meist zeitlich eingegrenzt auf die Tarifbewegung des Jahres 1966. Diese Beschränkung erlaubt jedoch höchstens, Materialvorbehalte anzumelden, inhaltlich gibt die vom Verfasser gewählte Methode der exemplarischen Demonstration vermutlich nicht weniger her als eine Methode quantitativer Verifizierung.

Die negative Kritik an der Politik des IG-Metall-Vorsitzenden O. Brenner bringt von Schubert auf die folgenden inhaltlichen Nenner: „*Wirtschaftsfeindlichkeit*“ — weil die Politik Otto Brenners Staat und Politik nicht einseitig von der Wirtschaft her begreift; „*Demokratiefeindlichkeit*“ — weil sie den sozialen Gehalt der pluralistischen Demokratie extensiv interpretiert; „*Staatsfeindlichkeit*“ — weil sie die Anerkennung der kapitalistischen Sozialen Marktwirtschaft als verfassungskonform ablehnt; „*Gemeinschaftsfeindlichkeit*“ — weil sie die Einpassung der Gewerkschaften in die nationale „Leistungsgemeinschaft“ (nach den Vorstellungen der Ideologen der formierten Gesellschaft) verweigert und die Gewerkschaften als Interessenkampfverband versteht.

Das alles sind Argumente, die aus der wissenschaftlichen Literatur bekannt sind, dort freilich subtiler und vorsichtiger formuliert; als aggressiv-handfeste Äußerungen von Politikern und Journalisten wird einem ihr manifest-ideologischer Charakter geradezu aufgedrängt. Was von Schubert (in seinem eigenen Demokratieverständnis an Pluralismus- und Konflikt-Theoretikern wie *Fraenkel*, *Sontheimer* und *Dahrendorf* orientiert und damit durchaus systemimmanent kritisch) an fragwürdigen Demokratie-Auffassungen herauspräpariert, deckt sich mit den vergleichbaren Analysen in dem von *Gert Schäfer* und *Carl Nedelmann* herausgegebenen Sammelband „Der CDU-Staat“ (München 1967) und erlaubt ihm die Qualifikation der Kritik an der Gewerkschaftspolitik von *Otto Brenner* als „*wirtschaftsromantisch, demokratiefeindlich, klassenkämpferisch und autoritätsanfällig*“ (S. 91). — Seine Untersuchungen ergänzt von Schubert durch einen dokumentarischen Anhang, der keinesfalls übersehen werden sollte.

Dr. Helga Grebing

CHRISTOPH VON IMHOFF

DUELL IM MITTELMEER

Moskau greift nach dem Nahen und Mittleren Osten. Verlag Rombach u. Co. GmbH., Freiburg i. Br. 196S. 434 S., kart. 24,— DM.

Christoph von Imhoff, seit mehr als 30 Jahren Journalist und seit 1966 stellvertretender Chefredakteur der „Stuttgarter Nachrichten“, unternimmt im vorliegenden Werk den Versuch, das äußerst vielfältige Ringen der Großmächte um die politische Vorrangstellung im Vorderen und Mittleren Orient nicht nur dokumentarisch nachzuzeichnen, sondern vor allem unter dem Aspekt des russischen Machtstrebens kritisch zu kommentieren. „Nicht eine Geschichte des Vorderen Orients wollte der Verfasser schreiben“, betont er in seiner Einleitung „Wettlauf der Gestirne“, sondern „der Schwerpunkt wurde bewußt auf den Griff Moskaus nach dem Orient gelegt, denn er fordert heute die Europäer heraus... Aus der Sorge um diesen Wandel ist dieses Buch niedergeschrieben worden ... Wir haben vergessen, daß unsere gesamte Entwicklung entscheidend durch den Raum bestimmt bleibt, den wir heute im Wettlauf der Gestirne zu verlieren drohen ...“

Dieser Prozeß eines drei Jahrhunderte währenden zähen Kampfes wird hier so ziemlich von allen Seiten beleuchtet und in übersichtlicher Gliederung dem Leser Schritt für Schritt dargelegt — von den ersten Eroberungen Peters des Großen Ende des 17. Jahrhunderts bis zu denen Katharinas der Großen ein Jahrhundert später, von dem daraus resultierenden ersten großen „politischen Abwehrwall“ der ganzen islamischen Welt mit der Großmacht England, dem sich allmählich herauskristallisierenden Zweikampf zwischen Rußland und den Westmächten bis hin zum ersten und zweiten Weltkrieg und Englands verwirrendem Verträgespiel mit den Arabern, worunter auch die *Balfour*-Deklaration vom 2. November 1917 fällt, in der der britische Außenminister im Namen seiner Majestät Lord Rothschild seines „Wohlwollens“ betreffs der „Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk“ versichert (Dokument 5, S. 238); von der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 und seiner Anerkennung durch die UdSSR bis hin zum bisherigen Höhepunkt dieses Prozesses, dem Sechs-Tage-Krieg Anfang Juni 1967 und der eindeutigen Parteinahme der Sowjets für die Araber.

Die Entwicklung gerade dieser letzten zwanzig Jahre behandelt von Imhoff mit Recht vorrangig und dementsprechend ausführlich; denn im Verlauf des zweiten Weltkrieges hatten sich Veränderungen vollzogen, die eine völlig neue Machtaufteilung bewirkten: „Nun waren die USA zu Rivalen der ebenfalls unversehens zur Weltmacht emporgetragenen So-

wjetunion geworden. Nicht mehr die alten europäischen Kolonialmächte und ihre Ambitionen beherrschten Gesicht und Werdegang der Landschaft zwischen Nil und Ganges. Mit jedem Jahr spürbarer stehen sich nun seit dem Ende des Krieges Amerika und die Sowjetunion gegenüber ...“ (1. Kap., S. 23).

Von dem nun beginnenden Duell im Mittelmeer vermittelt von Imhoff einen umfassenden Eindruck. Ausgehend von „einem seltsamen politischen Plädoyer: ... Am 28. April 1947 sprach der sowjetische UNO-Delegierte ... von den ‚legitimen Interessen beider Völker Palästinas‘, die durch die ‚Gründung eines arabisch-jüdischen Staates mit gleichen Rechten für beide Nationen‘ garantiert werden sollten ...“ (2. Kap., S. 29), zeigt er Moskaus so hartnäckiges wie zwiespältiges Streben nach entscheidender Einflußnahme im arabischen Raum. Er führt dem Leser dieses so mißtönende Zusammenspiel der verschiedenartigsten Komponenten und Faktoren vor Augen, das von Griechenland bis nach Aden und von Algier über Kashmir und Tashkent bis nach Vietnam reicht; wie unter Ressentiments und Mißtrauen, Verträgen, Pakten und Bündnissen eines jeden mit jedem und gegen jeden auf der einen Seite ein junger Staat heranwächst und sich Schritt für Schritt seine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit erarbeitet und erkämpft, und auf der anderen Seite ein Konflikt geschürt wird mit Zerstrittenheit, Illusionen, Neid, wirtschaftlicher Verschuldung, Machtgelüsten und — purem Zögern.

In der Behandlung des „Mittelmeerkrieges 1967“ (9. Kap., S. 188 ff.) erreicht von Imhoffs Kritik, die sich vor allem auf Präsident Johnson und den UNO-Generalsekretär U Thant konzentriert, ihren Höhepunkt. In diesem Zusammenhang heißt es bei von Imhoff u. a.: „Man konnte damals vermuten, daß er (U Thant) zusammen mit Frankreich und der Sowjetunion den Amerikanern eine politische Schlappe beibringen wollte und daß er deshalb so rasch nachgab. Viel politischen Instinkt hat der Nachfolger des großen *Hammar skjöld* damit freilich nicht bewiesen; denn er hätte sehen müssen, daß das politische Sperrfeuer des Ostens gegen die 6. US-Flotte unmittelbar mit der ägyptischen Aktion gegen die Blauhelme zusammenhing ... Statt dessen hat er den Sowjets die Möglichkeit eingeräumt, daß sie ohne viel Federlesens den Arm nach dem Nahen Osten ausstrecken und ihre Vorherrschaft in jenen Gebieten anmelden konnten, deren Beherrschung schon Katharina die Große angestrebt hatte, um die russische Macht nach Süden abzurunden ...“ (9. Kap., S. 190 f.).

In einem groß angelegten Kommentar, in „Zwölf Lehren aus dem Sechs-Tage-Krieg“ aufgegliedert, faßt der Autor im Schlußkapitel noch einmal die Geschehnisse vor, während und nach dem Blitzkrieg zusammen. Hierin tritt sein persönlichstes Anliegen, daß den

Anstoß zu diesem Buch gegeben haben mag, ganz in den Vordergrund: Historische Entwicklungen nicht nur objektiv aufzuzeigen, sondern sie richtungweisend für die Zukunft zu interpretieren, damit die Bereitschaft zum Umformen erwächst und die Welt nicht in der Fortsetzung des Bisherigen stagniert. Zu hoffen bleibt nur, daß der Umbildungsprozeß, den Christoph von Imhoff hier anführt, nicht allein Hoffnung und These bleibt.

Gefion Blösch

IMPERIUM SPRINGER —
MACHT UND MANIPULATION

Herausgegeben von Bernd Jansen und Arno Klönne im Auftrag der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1968. 272 S., Paperback 9,60 DM.

Nach allem, was inzwischen über Springer gesagt und geschrieben worden ist — vom Republikanischen Club Berlin, von Heinz-Dieter Müller in seiner ausführlichen Monographie des Konzerns, von der Günther-Kommission, um nur einiges zu nennen — erwartet man von dem vorliegenden Sammelband nicht viel Neues. Einige der insgesamt sechzehn Beiträge bieten denn auch lediglich eine Neuaufbereitung inzwischen bekannter Tatsachen (Richard Burkhardt: „Konzentrationsvorgänge in der Presse der BRD und die Position Springers“; Peter Sörgel: „Der Springer-Konzern in West-Berlin“; Arno Klönne: „Ein Super-Hugenberg“). Mehrere Verfasser untersuchen die Art, wie bestimmte Themen in Konzernzeitungen abgehandelt werden (Conrad Taler: „WELT und BILD und die Große Koalition“; Klaus Ehrler: „Springer und der Atomwaffensperrvertrag“; Günther Anders: „Springer über Berlin und Jerusalem“) — das sind weitere empirische Belege für den täglich produzierten üblen Geist.

Die BILD-Zeitungsvariante dieses Geistes umreißt Jürgen Holtkamp in seiner Glosse „Die BILD-Familie“; freilich, die mit Esprit und Ironie servierten Originalzitate dienen nur denen als Beweis für die große Verblödungskampagne, die nicht ihr Opfer sind. Über die systemimmanente Notwendigkeit dieser Opfer schreibt Jörg Huffschmid („Politische Ökonomie des Springer-Konzerns“). Die Kritik der Linken an der Pressekonzentration wird in diesem Beitrag konsequent und klar vorgetragen; die gegenseitige Abhängigkeit „zwischen dem Springer-Konzern und jener Gesellschaft, in der dieses Imperium groß werden konnte“ (aus dem Vorwort) scheint eine Reform des Pressewesens innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung von vornherein auszuschließen. Bernd Jansen stellt dennoch Überlegungen zu „Möglichkeiten einer Demokratisierung der Presse in der Bundesrepublik“ an. Seine Vorschläge: Abschaf-

fung der Verfügungsgewalt der Verleger über ihr Eigentum durch die Einsetzung von Zeitungsbeiräten und wirtschaftliche Sicherung der kleinen Verlage durch die Errichtung von Anzeigengenossenschaften.

Zu erwähnen ist schließlich noch der — das Wort sei erlaubt — erschütternde Bericht von Eckart Spoo darüber, wie Journalisten zwischen den Ansprüchen ihres Berufsethos einerseits und der materiellen Abhängigkeit von den Verlegern andererseits zerrieben werden. Weitere Verfasser des Sammelbands sind Werner Hofmann, Reimar Lenz, Friedhelm Baukloh, Ulrich Sander, Heinz Kulas und Karl D. Bredthauer. Claudia Pinl

— Kurz angezeigt

Das Dokumentarwerk „Katholische Kirche und Nationalsozialismus“ von Hans Müller (Einleitung von Kurt Sontheimer), das wir nach seinem Erscheinen (Heft 5/1963) besprochen haben, liegt in einer verbilligten Sonderausgabe vor (Paperback 15,— DM, Nymphenburger Verlagshandlung München).

„Über die Wirtschaft“ heißt ein von Dr. Heinz Markmann und Dr. Adalbert Kitsche herausgegebenes Taschenbuch, das sich gut als erste Einführung in volkswirtschaftliche Probleme eignet (Universum-Verlagsanstalt GmbH, Wiesbaden, 99 S., 2,— DM, bei Abnahme größerer Mengen Preisnachlaß).

In der Schriftenreihe Arbeit und Leben (Düsseldorf, Hans-Böckler-Str. 39) ist eine Broschüre „Berichte zur Lage der arbeitenden Jugend in Frankreich“ erschienen, die jetzt sehr aktuell geworden ist (79 S.).

Zum Thema „Sicherung der Parteiendemokratie durch Parteiverbote und Fünf-Prozent-Klausel“ hat Hans-Joachim Winkler eine instruktive Schrift verfaßt, auf die gerade für die bevorstehenden Wahlrechtsdiskussionen hingewiesen sei (24 S., C. W. Leske Verlag, Opladen, 1,50 DM).

Das ungemein wichtige Vietnam-Buch „Das bittere Erbe“ von Arthur M. Schlesinger, das Dr. Arnold Künzli bei seinem Erscheinen besprochen hat (Heft 6/1967) liegt jetzt ungekürzt auch in der Fischer Bücherei vor (Band Nr. 902, 143 S.).

„Karlchen Schmitz“, längst ein Begriff durch seine parodierenden „Adenauer-Memoiren“, überrascht uns jetzt mit einem nicht weniger witzigen „Kalender für das Bundeswahljahr 1969“. Er besteht aus zwölf „historischen Porträts“, auf denen unsere Kiesinger, Brandt, Wehner, Schiller, Scheel usw. in höchst amüsanten Verfremdung erscheinen — jeder auf einer Postkarte, die man, wenn man will, unter Benutzung des wohlvorbereiteten Textes, in dem man nur das Nichtgewünschte zu streichen braucht, an den Betreffenden schicken

kann. Ein passendes Geschenk für jeden, der noch lachen kann (Paulus Verlag, Recklinghausen, 4 DM).

Dem Andenken an *Wenzel Jaksch*, der am 27. 11. 1966 bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam, hat die Seliger-Gemeinde (Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten) zwei stattliche Bände gewidmet, die im wesentlichen Texte von Wenzel Jaksch selbst enthalten. Der erste, mit dem Untertitel „Sucher und Känder“, spiegelt das Wirken

des sudetendeutschen Politikers bis zum Unglücksjahr 1938 — der zweite („Patriot und Europäer“) seine politische Tätigkeit im Bundestag und besonders in den Organisationen der Heimatvertriebenen. Karl Kern hat die beiden Bände zusammengestellt, redigiert und eingeleitet; dem ersten Band sind Würdigungen des Verstorbenen aus der Feder von Herbert Wehner, Ernst Paul, Willy Brandt, Freiherr von und zu Guttenberg, Seebohm und einigen anderen vorangestellt (Verlag Die Brücke, München 1967, 305 bzw. 316 S.).